

Elisabeth Jeggle

Ihre Stimme in Europa



Infobrief aus Straßburg 07. - 11. Oktober 2013

Tabakproduktrichtlinie - Parlament schießt übers Ziel hinaus

Am Dienstag hat das Europaparlament einen Vorschlag zur Verschärfung der Tabakproduktrichtlinie angenommen.

Ich halte eine Regulierung von gesundheitsschädigenden Produkten durchaus für sinnvoll, insbesondere wenn es darum geht, junge Menschen zu schützen und sie vom Rauchen abzuhalten.

Allerdings bin ich der Auffassung, dass man den Menschen die Freiheit lassen muss selbst zu entscheiden, wie sie leben und welche Risiken sie dabei wissentlich für sich selber eingehen möchten. Dafür können nur die Menschen selber, nicht aber die Politik, die Verantwortung übernehmen.

Eine Regulierung von Tabakprodukten ist zwar notwendig, die vom Parlament verabschiedete Richtlinie geht jedoch für mich in vielen Bereichen zu weit. Schockbilder, die 65% der Vor- und Rückseite einer Verpackung einnehmen sollen, halte ich für wenig zielführend. Die CDU/CSU-Gruppe konnte immerhin verhindern, dass E-Zigaretten als medizinisches Produkt eingestuft werden müssen. Wird Tabak in der E-Zigaretten verdampft, so soll sie auch wie ein Tabakprodukt behandelt werden. Im Hinblick auf den Jugendschutz halte ich das Verbot von Zigaretten mit Aromastoffen wie Menthol oder Vanille für vertretbar. Gerade jungen Menschen wird der Einstieg durch solche Aromastoffe erleichtert. Zudem wird es eine Positivliste für erlaubte Zusatzstoffe in Zigaretten geben, um eben gefährliche Chemikalien und attraktive Aromastoffe auszuschließen.

Nach meinem Dafürhalten ist das Europäische Parlament mit seinen Forderungen jedoch weit über das Ziel hinausgeschossen. Die Berichterstatter des Europäischen Parlaments müssen sich nun in Trilogverhandlungen mit Kommission und den zuständigen Ministern der Mitgliedsstaaten auf eine einheitliche Position einigen. Diese muss das Europäische Parlament wiederum final absegnen. Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie [hier](#).



Quelle: Europäisches Parlament

Berufsanerkennungsrichtlinie - Mobilität für deutsche Krankenpfleger gesichert

Gestern wurden im Europäischen Parlament neue Bedingungen für eine EU-weite Anerkennung der Ausbildung zum Krankenpfleger verabschiedet. Gerade im Hinblick auf die derzeit angespannte Arbeitsmarktlage in vielen Mitgliedsstaaten ist die gegenseitige Anerkennung wichtig, um bestmögliche Mobilität zu gewährleisten.

Über diese neue Richtlinie war im Vorfeld heftig diskutiert worden, da sie zunächst vorsah, eine 12-jährige Schulausbildung zur Voraussetzung für die Anerkennung von Pflegeberufen zu machen.

Dadurch wäre das bewährte deutsche Modell mit 10-jähriger Schulbildung diskriminiert worden. Unsere Pfleger und Pflegerinnen sind jedoch bestens ausgebildet und deshalb begrüße ich diese, nach langen Verhandlungen, gefundene Lösung ausdrücklich.

Darüber hinaus enthält die Richtlinie auch einen sogenannten Vorwarnmechanismus. Ärzte, die ihre Zulassung in einem EU-Mitgliedsland verloren haben sollen keine Möglichkeit haben in einem andern EU-Land weiter zu praktizieren. Solche Fälle haben in den letzten Jahren immer wieder für Schlagzeilen gesorgt. Das Europäische Parlament, die Mitgliedsstaaten und die Kommission haben sich bereits auf dieses Ergebnis einigen können, sodass die Neuregelung mit diesem abschließenden Votum 2014 in Kraft treten kann. Weitere Informationen hierzu finden Sie [hier](#).



Quelle: Europäisches Parlament

Flüchtlingspolitik der EU

Die Flüchtlingskatastrophe vor der italienischen Insel Lampedusa hat auch im Europäischen Parlament zu Debatten geführt.

Aktuell ist dasjenige Land für die Flüchtlinge verantwortlich, in dem diese ankommen. Diese Grenzstaaten dürfen sich ihrer Verantwortung nicht entziehen, auch wenn wir in der Europäischen Union gemeinsam für einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen sorgen müssen.

Dabei geht es für mich auch darum, die Gründe für die oft lebensgefährliche Flucht der Menschen in den Vordergrund zu rücken.

Zum einen können wir den Strom von Flüchtlingen, die aus wirtschaftlicher Not nach Europa kommen, nur dann eindämmen, wenn den Menschen in ihren Herkunftsländern eine Perspektive geboten wird. Dazu können wir wirtschaftliche und humanitäre Hilfe leisten. Zum anderen dürfen jedoch Menschen, denen in ihrer Heimat Bürgerkrieg,

Folter oder Verfolgung droht nicht sich selbst überlassen bleiben.

Unerträglich finde ich die Skrupellosigkeit der Schlepperbanden, die Hunderte von Flüchtlingen für viel Geld wissentlich in Lebensgefahr bringen und ihren Tod in Kauf nehmen. Gegen diese kriminellen Organisationen müssen die Mitgliedsstaaten entschlossen vorgehen.



Syrische Flüchtlinge Quelle: Europäisches Parlament

Durch Satelliten- und Luftüberwachung und in Zusammenarbeit mit der EU-Grenzschutzbehörde Frontex sollen Flüchtlingsboote in Zukunft frühzeitig erkannt und Unglücke vermieden werden. Weitere Informationen zu den Flüchtlingen in Syrien gibt es [hier](#), zu Lampedusa und der aktuellen Debatte [hier](#).

Umweltverträglichkeitsprüfung - Mehr Bürokratie mit zweifelhaftem Nutzen

Am Mittwoch hat das Europäische Parlament mit einer hauchdünnen Mehrheit für die Verschärfung der bestehenden Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfungen für Bauprojekte gestimmt.

Um eine Genehmigungen für ein Bauprojekt zu bekommen, muss dieses auf seine Auswirkungen auf die Umwelt hin geprüft werden. Die Prüfkriterien werden in der Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Richtlinie) festgelegt.

Die neue EU-Richtlinie soll über die bisherigen Anforderungen hinausgehen und der bürokratische Aufwand sowie die Kosten einer solchen Prüfung werden, aus Sicht der EVP-Fraktion, erheblich ansteigen. Auch sind die festgelegten Prüfkriterien rechtlich nicht immer eindeutig definiert und werden somit zu Unsicherheit und Verzögerungen führen. Der Bericht bezieht auch Fracking mit ein, dass in der EU bislang noch wenig erforscht ist.

CDU/CSU-Gruppe hatten sich bis zuletzt für Änderungen und Vereinfachungen eingesetzt. Unsere Vorschläge wurden jedoch mit den Stimmen von den Fraktionen der Sozialisten, Grünen und Liberalen abgelehnt.

Die Europäische Kommission hatte in den vergangenen Tagen eine Entbürokratisierung der EU-Regelungen angekündigt. Dazu sollen einige umstrittene Richtlinienentwürfe, wie die Bodenschutzrichtlinie, zurückgezogen werden. Angesichts dieses begrüßenswerten Vorstoßes sendet zuerst der Kommissionsvorschlag und nun auch das gestrige Abstimmungsergebnis des Parlaments jedoch ein falsches Signal an die Bürgerinnen und Bürger. Wie auch bei der Tabakproduktrichtlinie müssen sich das Europäische Parlament, die Kommission und die Vertreter der Mitgliedsstaaten auf einen Text einigen, bevor die Parlamentarier über dieses Verhandlungsergebnis endgültig abstimmen können. Weitere Informationen dazu gibt es [hier](#).



mit herzlichen Grüßen
Ihre Elisabeth Jeggle

Elisabeth Jeggle MdEP

Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Anschrift Europäisches Parlament

Europäisches Parlament
Rue Wiertz – ASP 10E 209
B-1047 Brüssel

Tel. 0032 - 2 - 284 5351

Fax 0032 - 2 - 284 9351

elisabeth.jeggle@europarl.europa.eu

Anschrift Europabüro

Elisabeth Jeggle
Bahnhofstr. 8
D-88250 Weingarten

Tel. 0751 - 560 92 530

Fax 0751 - 560 92 550

kontakt@euroeggle.de

**Elisabeth Jeggle,
Mitglied des Europäischen Parlaments**